Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 46 Abendblatt. Montag, den 28. Januar. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 26. Januar. Das neue Programm der baierischen Regierung scheint in Paris und Wien nicht eben großen Beifall zu finden; die Regierungsorgane daselbst ignoriren kläglich die hohe Bedeutung des vollzogenen Systemwechsels in Baiern für die Stellung Preußens und Deutschlands, die ihnen unbequem ist, und sprechen mit süßsaurer Miene ihre vorläufige Ergebung in das Unabänderliche aus, ohne doch namentlich österreichischerseits das Mißbehagen verbergen zu können. Die Pariser Regierungsorgane finden in dem Programm „nichts Erhebliches" und haben sich nur den darin dokumentirten Wunsch der baierischen Regierung bemerkt, mit Preußen ebenso wie mit Osterreich in friedlichen Beziehungen zu bleiben. Die Wiener „Abendpost" macht die verdienstliche Bemerkung: „Die Aeußerung des Fürsten Hohenlohe (über die Zurücksetzung des deutschen Elements in Oesterreich) sehe einer vielleicht subjektiven Beschäftigung mit den internen Verhältnissen Oesterreichs nicht ganz unähnlich" und hält am Schlusse Zweifel über die Festigkeit und Tragweite eines preußisch-baierischen Bündnisses noch für gerechtfegtigt. Diejenigen, denen ein mächtiges einiges Deutschland am Herzen liegt, und welche den unschätzbaren Werth des Beitritts des größten süddeutschen Staates zur nationalen Verbindung Deutschlauds in seinen weiteren Folgen zu erkennen vermögen, werden die wichtigen Akte der baierischen Politik wohl noch andere glänzendere Seiten abgewinnen als die Wiener „Abendpost", und mit anderen Gefühlen die Kundgebung des auch in Baiern zur Geltung gekommenen echt deutschen Geistes begrüßen. Die „National-Zeitung" sagt mit Recht: „Die Agitationen gegen die Mainlinie sind antiquirt, sie haben bereits ihren Gegenstand verloren" soweit die deutsche Zunge klingt (außerhalb Oesterreichs) sind die Grenzen und Schlagbäume verschwunden, sobald Deutschland selbst sie beseitigt haben will! Diesen Willen hat nun Baiern ausgesprochen, welchen Willen Baden hat, ist bekannt, Hessen-Darmstadt steht mit einem Fuße schon im norddeutschen Bunde, wer will und kann uns Deutschen also noch die Maingrenze aufoktroyiren? Keine Macht der Erde ist im Stande dem einmüthigen Deutschland eine Scheidewand aufzuzwingen, sobald wir die Einmüthigkeit und Einigkeit nicht etwa nur im Worte und Gesange sondern im ernsten Entschlusse und in der Wehrkraft haben, im einigen Befehle und in der Ausführung des Befehls! Das Programm des Fürsten Hohenlohe dokumentirt sich auch dadurch als das Werk eines praktischen scharfsinnigen Staatsmannes, daß es die militärische Organisation, die reale Macht als erste Grundlage in den Vordergrund stellt; für die materiellen Interessen als zweiter Basis ist durch den Zollverein der Boden geebnet und Graf Bismarck hat hinlänglich bewiesen, daß er dieses verbindende Element wohl zu schätzen weiß, selbst französische Blätter haben dies Kennzeichen seines staatsmännischen Scharfblicks hervorgehoben. Der Artikel 4 des Prager Friedens aber, dürfte wohl gefragt werden, die Mainlinie, verhindert sie nicht, daß sich die deutschen Staaten diesseits und jenseits zum gemeinsamen Bunde die Hand reichen? Auch dieses Bedenken schwindet, wenn man sich diesen Artikel 4 des Friedenstraktates von Prag genau ansiehet. Auch ohne Anwendung der Lückentheorie hat dieser Artikel gerade in der öfter getadelten freien Fassung eine Ergänzung in nationalem Sinne durch freien Entschluß der deutschen Südstaaten und freie Verträge offen gelassen, die gehoffte und wohlberechtigte Ergänzung in nationaler Tendenz ist durch die Entschließung Baierns jetzt und unerwartet schnell fast zur Thatsache geworden; mögen bald weitere deutsche nationale Thatsachen den festgründenden Schlußstein einfügen.

— Der König hat, wie uns aus Potsdam gemeldet wird, allen Soldaten des 1. Garde-Regiments z. F., 2100 Mann, seine wohlgelungene Photographie zum Geschenke gemacht.

— Den „Hamb. Nachr." wird von hier geschrieben: General Manteuffel soll seinen Abschied erbeten haben. Er würde indessen Generaladjutant bleiben und sich nach Magdeburg als Domherr zurückziehen.

— Nach dem „Würtemb. Staatsanz." ist die Ulmer Bürgerschaft mit ihrer Petition, die Schleifung der ehemaligen Bundesfestung betreffend, abschlägig beschieden.

— Aus Veranlassung der Einverleibungs-Feier in Schleswig-Holstein sind, nach der „Neuen Preuß. Ztg." verschiedene Depeschen an den Ministerpräsident Grafen v. Bismarck eingegangen, manche sehr charakteristischen Inhalts. So eine der vereinigten Bürger und der Garnison Rendsburgs. Sie lautet: „Ew. Excellenz drei Mal Hoch!!! Jungs holt fast, wat Bismark will un segt."

— Man meldet der „B.- u. H.-Z" aus Frankfurt a. M., daß man dort in einigen Kreisen auf den sonderbaren Einfall gekommen sei eine öffentliche Sammlung der 6 Millionen Schuld im In- und Auslande zu veranstalten. Zweck dieses Schrittes wäre natürlich nur Erregung eines öffentlichen Skandals. — Wir können den Frankfurter Heißspornen nur angelegentlichst zum Aufgeben solcher Pläne rathen. Die Herren sollten bedenken, daß gegen den Wind schlecht blasen ist, und dort durch einen derartigen Schritt die Regierung nur zu einer schroffen Stellung gegen die Frankfurter Bürgerschaft genöthigt wurde; denn man wird wohl keinem Ministerium zumuthen derartigen Schritten gegenüber eine freundschaftliche Haltung anzunehmen.

— Es bestätigt sich, daß das am Montag den 21. Jan. in der norddeutschen Konferenz unterzeichnete Protokoll diejenigen geschäftsleitenden Funktionen, welche die Bundesverfassung der Präsidialmacht Preußen dem definitiven Reichstage gegenüber verleihet, schon jetzt, bevor die Verfassung in Kraft getreten, vorläufig Preußen dem nächsten Parlamente gegenüber übertragen hat. Abgesehen von diesem Protokoll, gilt für wahrscheinlich, daß der von mehreren Regierungen geäußerte Wunsch einer Vertretung der Bundes-Regierungen neben der Präsidal-Regierung während der Dauer des Parlaments sich auch verwirklichen werde.

— Die in den jetzigen preußischen Provinzialstädten Hildesheim und Hersfeld bestehenden diesseitigen Etappen-Inspektionen werden als gegenwärtig unnöthig aufgelöst werden. In Folge des nunmehr erforderlich gewordenen größeren Küstenschutzes ist die Errichtung einer vollständigen Seeartillerie-Abtheilung in Aussicht genommen, und zwar soll sie hauptsächlich in Stade Garnison beziehen. Ebenmäßig liegt die Gründung einer Artillerie-Unteroffizierschule, nach dem Vorbilde der für die Infanterie deßhalb bestehenden Institute, im Plane, ohne daß den in dieser Beziehung schon vorhandenen Artillerie-Vorbildungsschulen irgendwie ein Abbruch geschehe. So bleiben denn auch die Vorbereitungsstadien für die Oberfeuerwerkerschule in ihrer Integrität.

— (N. Pr. Ztg.) Die Frankfurter — wir meinen die am Main — sind doch zum Theil sonderbare Leute und dieser Theil verdient es wohl, durch Herrn Classen-Kappelmann vertreten zu werden. Während sie sich ihrerseits alle Mühe geben, nicht Preußen zu sein und zu werden, erheben sie andererseits den Anspruch, von der preußischen Regierung als besondere Lieblingskinder angesehen und behandelt zu werden. Namentlich sind sie in Bezug auf den Geldpunkt sehr gefühlvoll und erheben durch alle Tonarten den Anspruch, die von ihnen erhobene Kontribution von 6 Millionen Gulden zurückerstattet zu erhalten. Selbstverständlich dürfte hierbei eine Täuschung unterlaufen und auch die neueste Argumentation, wonach jene Schuld eine Staatsschuld Frankfurts und nach dem Aufhören des Staates Frankfurt auf den Staat Preußen übergegangen sein soll, sich nicht als stichhaltig erweisen. Haben doch selbst die alten preußischen Provinzen noch ihre besonderen Kriegssteuern, die sie in sich selbst aufbringen müssen.

Berlin, 26. Januar. (Abgeordnetenhaus.) 58. Sitzung. Schluß. Abg. Scharnweber: Ich habe allerdings keine offizielle Nachricht über die erneute Untersuchung erhalten, es aber privatim durch den Dezernenten der Regierung erfahren. Nach den Auslassungen des Hrn. v. Bonin muß ich bezweifeln, daß er selbst einmal Landrath gewesen ist, sonst müßte er wissen, daß die Geschäfte des Landraths so umfangreich sind, daß er sie nicht allein erledigen kann, sondern seinen Privatsekretair zu Hülfe nehmen muß. Selbstständig darf dieser letztere allerdings Niemand in der Steuer erhöhen; dies ist im vorliegenden Falle auch nicht geschehen; sondern ich habe Kenntniß davon erhalten, habe die Sache geprüft und gebilligt. — Ich muß ferner bemerken, daß der Angeklagte ich nicht bin, sondern mein Kreissekretär, daß ich also wohl in der Lage sein konnte, die Untersuchung zu führen. — Die Debatte wird geschlossen; es folgen persönliche Bemerkungen. — Abg. v. Bonin: Dem letzten Herrn Redner bemerke ich, daß ich allerdings mehrere Jahre Landrath gewesen bin; und daß ich auch in meiner späteren langjährigen amtlichen Wirksamkeit vielfach Gelegenheit gehabt habe, Landräthe zu beobachten; kann aber versichern, daß mir dabei noch nie der Fall vorgekommen ist, daß wenn eine Beschwerde gegen einen Kreissekretär gerichtet wurde, diese nicht als gegen den Landrath und gegen die landräthliche Verwaltung gerichtet angesehen worden wäre. (Beifall links, Zischen rechts; wiederholter Beifall links. Abg. v. Vincke-Hagen hat, sichtbar mißvergnügt über diese Rede, während derselben mehrmals verzweiflungsvoll die Hände gen Himmel gestreckt; nach Beendigung der Rede steht er von seinem Platze auf, eilt zum Redner, und macht, wie aus seinen Gestikulationen deutlich erkennbar ist, demselben heftige Vorwürfe, welche aber Redner zurückweist. Als die linke Seite des Hauses dies bemerkt, bricht dieselbe in schallendes Gelächter aus, das erst durch die Glocke des Präsidenten niedergehalten wird.) — Es folgen persönliche Bemerkungen zwischen den Schriftführern Abgg. Bassenge und v. Schöning über einen Vorfall, betr. die Zusammenstellung der Rednerliste.

Abg. v. Bonin zieht das gestern gestellte Amendement zum Kommissionsantrag zurück, hält aber den Antrag auf motivirte T.-O. aufrecht. — Finanzminister v. d. Heydt erklärt, daß die Staatsregierung die Regierung in Potsdam beauftragt habe, dem Landrath Scharnweber Kenntniß zu geben von der neuen Untersuchung; daß dies jetzt schon geschehen sein müsse, sei nicht nöthig, wenn es nur rechtzeitig erfolge; wie Abg. Scharnweber mittheilt, sei es ja auch bereits erfolgt. — Ref. Abg. Berger (Solingen) weist die Ausstellungen zurück, die der Abg. Scharnweber gegen den Kommissionsantrag gemacht habe, widerspricht sodann dem Antrag auf motivirte Tagesordnung, schließt sich aber nach den Erklärungen der Staatsregierung dem Amendement des Abg. v. Bonin zum Kommissionsantrage an. — Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Scharnweber und Berger (Solingen) wird zur Abstimmung geschritten.

Der vom Abg. Heise gestellte Antrag auf einfache Tages-Ordnung wird abgelehnt; dafür nur die Konservativen und die beiden Abgg. von Vincke; die vom Abg. v. Bonin beantragte motivirte Tagesordnung wird dagegen mit großer Majorität angenommen; dafür stimmen die ganze Linke, die Polen, das Centrum (katholische Fraktion) die Altliberalen mit einziger Ausnahme des Abg. von Vincke (Hagen), mehrere Konservative und der Finanzminister; dagegen nur ein Theil der Konservativen mit dem Abg. v. Vincke (Hagen).

Es folgt der Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über die am 2. November 1865 zwischen Preußen, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und der Türkei abgeschlossene Konvention unter dem Titel: „Acte public relatif à la navigation des embouchures du Danube." Referent: Abg. Cornely. Die Kommission beantragt, der vorbezeichneten Konvention die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen; das Haus tritt dem Antrage einstimmig bei. — Den mündlichen Bericht der Kommission für Finanzen und Zölle und für Handel und Gewerbe über eine Petition des Kaufmanns A. Reischel zu Dorsten vom 23. November 1866, betreffend die Aufhebung der Lippe-Schifffahrtsabgaben, stattet der Abg. Berger (Solingen) ab und beantragt Namens der Kommissionen: „das Haus der Abgeorneten wolle beschließen, die vorgedachte Petition der Königlichen Staatsregierung als Material bei der beabsichtigten Reform der Lippe- und Ruhr-Schifffahrtsabgaben zur Erwägung zu überweisen." — Nachdem der Finanz-Minister v. d. Heydt sich Namens der Regierung mit diesem Antrage einverstanden erklärt hat, wird derselbe ohne Diskussion angenommen.

Vierter Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Kommission für Finanzen und Zölle über eine Petition der Weber Johann Blau und Genossen zu Hermsdorf-Grüszau vom 15. Dezember 1866 wegen Herabsetzung der Eingangszölle für leinen Garn. Referent Abg. Reichenheim. Der Antrag der Kommission lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die vorbezeichnete Petition der Königlichen Staats-Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen unter Bezugnahme auf die von dem Hause in seiner Sitzung vom 23. Mai 1865 bei Gelegenheit der Berathung über den Zoll- und Handels-Vertrag zwischen dem deutschen Zollverein und Oesterreich gefaßte Resolution, der auch das Herrenhaus in seiner Sitzung vom 10. Juni 1865 seine Zustimmung ertheilt hat und welche lautet: Die Königliche Staats-Regierung aufzufordern, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit auf die Herabsetzung des Eingangszolles für rohes leinenes Maschinengarn auf 15 Sgr. pro Centner hinzuwirken. — Der Referent befürwortet diesen Antrag mit kurzen Worten. — Finanz-Minister v. d. Heydt: Die Regierung erkennt die Zweckmäßigkeit der Zollermäßigung an. Sie ist fortwährend bestrebt, diesem Ziele immer mehr nahe zu kommen und hat auch in den Verhandlungen mit Oesterreich die betreffende Ermäßigung in Aussicht genommen. Ich hoffe, daß die Verhandlungen bald zum Abschluß gelangen werden. — Abg. Dr. Jansen (Gladbach) stellt den Antrag, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen und motivirt denselben in längerer den Schutzzoll vertheidigenden Rede namentlich mit Hinweis darauf, daß die inländischen Flachs-Spinnereien noch nicht so weit existenzfähig seien, um jeder Konkurrenz des Auslandes die Spitze bieten zu können. — Diesen Ausführungen tritt entgegen der Regierungs-Kommissar v. Winter: Die Regierung habe in dieser Angelegenheit auf die in dem Antrage erwähnte Aufforderung beider Häuser des Landtages auf Herabsetzung des Eingangszolles für leinen Garn von den verschiedenen Handelskammern Gutachten eingeholt. Von diesen hätten sich 7 Handelskammern für diese Herabsetzung ausgesprochen und dieselbe sogar für nothwendig erklärt. Gegen die Aufhebung seien nur die Handelskammern zu Stolberg und Gladbach gewesen. Daß die Besorgnisse des Vorredners hinsichtlich der Flachsspinnereien durchaus nicht erheblich seien, könne durch statistische Notizen nachgewiesen werden. Die Dividenden der größten Spinnerei-Fabriken seien bis zu 25 Prozent gestiegen. — Abg. Michaelis (Stettin) wendet sich gleichfalls gegen die Behauptungen des Abg. Jansen: Man könne doch nicht annehmen, daß in ein Land, dessen Markt schon überfüllt sei, noch vom Auslande massenhaft importirt werde. Im Uebrigen aber können wir ganz zufrieden sein, wenn unser Land mit einer rechten Fülle von Verbrauchsartikeln überschwemmt wird. „Ob unser Land", fährt Redner fort, „in seinen Spinnereien allen übrigen Ländern nicht gewachsen ist, weiß ich nicht, aber wenn das der Fall, so ist ohne Zweifel der einzige Grund dafür der bestehende Schutzzoll für Gespinnste. Wirken Sie für Aufhebung dieses Schutzzolls und Sie werden dadurch am Besten zur Hebung dieses Zweiges der Industrie beitragen, da alle andern Bedingungen zu dessen Blüthe bei uns nicht minder als in andern Ländern vorhanden sind." Dieselben Gründe hätten die Landwirthe gegen Aufhebung des Zolles für Flachs anführen können, trotzdem sind sie gegenwärtig vollkommen damit zufrieden. Auch die Spinner werden jetzt fremde Gespinnste durch die Konkurrenz kennen lernen und werden lernen, diese Konkurrenz zu ertragen; das Publikum dagegen wird von einem neuen Blutegel befreit. Stimmen Sie daher ruhig für den Antrag der Kommission. — Nachdem der Abg. Dr. Jansen bemerkt hat, daß die von dem Regierungs-Kommissar angezogenen Dividenden ganz ausnahmsweise Fälle betrafen und daß er sich mit dem Abg. Michaelis in keine Prinzipien-Debatte einlassen wolle, erhält der Referent Abg. Reichenheim das Wort, der sich gleichfalls gegen den Antrag des Abg. Jansen erklärt. Das Haus schreitet darauf zur Abstimmung. Der Antrag des Abg. Dr. Jansen wird mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt, der der Kommission mit sehr großer Majorität angenommen.

Fünfter Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Kommission für Finanzen und Zölle über die Petition des Geh. Rechnungs-Rathes a. D. Sametzky um Abstellung seiner ganz gesetzwidrigen Heranziehung zur Einkommen-Steuerzahlung. Referent Ab. v. Hennig beantragt im Namen der Kommission: 1) die vorgedachte Petition der Königlichen Staats-Regierung zu überweisen, 2) die Königliche Staats-Regierung zu ersuchen, so schleunig als möglich im Verwaltungswege die Einschätzungs- resp. Bezirks-Kommission darauf aufmerksam zu machen, daß nach Maßgabe der §§. 29 und 30 des Einkommensteuer-Gesetzes vom 1. Mai 1851, Kapitalien, welche aus dem Verkauf von Grundstücken gelöst werden, als ein Jahreseinkommen nicht angesehen, vielmehr nur mit ihrem Zinsbetrage als steuerpflichtiges Einkommen herangezogen werden können.

Nach kurzer Befürwortung durch den Referenten und nachdem Reg.-Kommissar Winter erklärt hat, daß Seitens des Finanz-Ministers bereits die den Ansichten der Kommission entsprechenden Anweisungen ergangen seien und dem Petenten, wenn er pr. 1867 seine Reklamation wiederhole, sein Recht werden werde, wird der Antrag angenommen.

Sechster Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Kommission für Finanzen und Zölle über eine Petition der Ortsvorstände des Ober-Amtsbezirk Hechingen, betreffend die definitive Uebernahme der Kosten der ausgeführten Parzellar-Landesvermessung des Fürstenthums Hechingen auf die Landeskasse der hohenzollernschen Lande. Ref. Abg. Bode beantragt im Namen der Kommission: in Erwägung, daß die Königl. Staats-Regierung nach den in den Motiven des Gesetz-Entwurfes, betreffend die Regelung der direkten Besteuerung in dem Fürstenthume Hohenzollern-Hechingen und bei Gelegenheit der Kommissions-Berathung über diesen Gesetz-Entwurf von ihr abgegebenen Erklärungen mit der Revision des §. 2 des Gesetzes vom 11. April 1859, betreffend die Ausführung der Landesvermessung in dem Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen, bereits beschäftigt ist, die vorbezeichnete Petition der Königlichen Staatsregierung zur geeigneten Benutzung jener Revision zu überweisen. — Nachdem der Ref. den Antrag kurz befürwortet und der Regierungs-Kommissar sich mit demselben einverstanden erklärt hat, wird derselbe angenommen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Kommission für das Justizwesen, betreffend das Schreiben des Herrn Justiz-Ministers vom 31. Dezember 1866 wegen Ertheilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung der, Beleidigungen des Abgeordnetenhauses enthaltenden Nr. 44 der in Gumbinnen erscheinenden Zeitung „Bürger- und Bauernfreund". — Ref. Abg. Bering beantragt im Namen der Kommission: die beantragte Ermächtigung nicht zu ertheilen. — Am Ministertisch befindet sich Niemand. — Ref. Abg. Bering verliest den betreffenden Artikel und findet darin keine Beleidigung. Außerdem sei es aber nicht gerathen, nach der Indemnität wieder Blätter „wegen ihrer Tendenz" zu verfolgen. Redner führt einige Kritiken über das Abgeordnetenhaus aus der „Provinzial-Korrespondenz" an, im Vergleich zu welchen man gar nicht an eine Verfolgung des „Bürger- u. Bauernfreundes" denken könne. (Bravo!) — Abg. Frentzel führt verschiedene Spezialitäten an, ist jedoch wegen seiner Heiserkeit und der trotz wiederholter Ermahnungen des Präsidenten fortgesetzten Unruhe des Hauses durchaus unverständlich. — Abg. Graf zu Eulenburg: Ich bedauere, daß die Debatte so sehr auf das politische Gebiet hinübergespielt worden ist. Auch ich und meine Freunde werden für den Antrag des Referenten stimmen, aber nicht aus dem Grunde, weil keine Beleidigungen darin zu erkennen sind, sondern mit Rücksicht auf die Länge der Zeit, die seitdem verflossen ist, auf die unbedeutende Verbreitung des Blattes und um den alten Streit nicht wieder aufzufrischen. Es war aber die Pflicht der Staatsregierung, die Verfolgung zu beantragen, da der Artikel in seiner ganzen Form überlegt böswillig geschrieben ist und aus der ganzen Tendenz des Blattes hervorgeht, daß es dem Versöhnungswerk, wie dasselbe durch die Indemnität geschaffen, nicht zugeneigt ist. — Der Antrag des Referenten wird darauf fast einstimmig angenommen. — Schluß der Sitzung 2½ Uhr. Nächste Sitzung Montag, den 28. d. M. Tagesordnung: 1) Bericht der Finanzkommission, betr. die drei Verordnungen vom 6. Januar 1866 über die Einführung der Salzsteuer im Jahdegebiet; 2) Antrag des Abg. Rohden betr. den Zinsfuß bei gerichtlichen Depositen; 3) das Gesetz, betr. den Gewerbebetrieb der Versicherungs-Agenten; 4) das Vorfluthsgesetz in Pommern; 5) das Gesetz, betr. das Güterrecht der Ehegatten in Ehrenbreitenstein.

Königsberg, 24. Januar. In dem am Mittwoch abgehaltenen General-Konzil der ordentlichen Professoren der hiesigen Albertina wurde das Universitäts-Statut, wonach nicht Evangelische von der akademischen Docentur hier bisher ausgeschlossen waren,

mit 22 gegen 8 Stimmen zu Gunsten der allgemeinen Lehrfreiheit abgeändert und der betreffende Paragraph gänzlich gestrichen. Die Majorität hat sich also seit der letzten Berathung des Konzils über denselben Gegenstand bedeutend vermehrt. Nach der neulichen Erklärung des Kultus-Ministers über die Angelegenheit im Hause der Abgeordneten ist auch an dessen Zustimmung zu dem oben gefaßten Universitätsbeschlusse nicht zu zweifeln.

Hannover, 26. Januar. Gestern wurde der Vorarbeiter auf dem Bahnhofe, früher Wagenmeister am Königl. Salonwagen, Schulze von der Strafkammer zu acht Wochen Gefängniß verurtheilt, weil er Militärpflichtigen zum Entkommen nach England behülflich gewesen ist. Er hat deren Mehren Geld zur Reise bis nach Hamburg gegeben und sie dorthin an einen „Hrn. v. Marienthal" gewiesen, der, wie sich herausstellt, niemand anders als der vormals hannoversche Hauptmann v. Scriba ist. Schulze hat zu diesen Ausgaben Geld von anderer Hand erhalten, die anzugeben er jedoch sich weigert. In Hamburg sind die Verführten von Hrn. v. Scriba in Empfang genommen, mit 1 Thlr. und der Weisung auf ein bestimmtes Schiff versehen, auf welchem sie auch Beköstigung erhalten würden. Dies letztere hat sich als Täuschung herausgestellt, und die Unglücklichen haben gleich mit bitterster Hungersnoth ihr Unternehmen gebüßt. Nach London erhielten sie von Scriba Empfehlungsschreiben an einen Kaufmann Müller, der indeß mit der Sache nichts zu thun haben wollte, ihnen vielmehr über den gespielten Betrug die Augen zu öffnen versuchte und in der Noth sie nicht unerheblich — bis zu 90 Thlr. — unterstützte. Weiter wurden sie zu dem vormaligen General-Sekretär v. Klenck gebracht, der dort noch über den geborgenen Millionen wacht, aber auch nicht helfen konnte. Endlich durch Vermittelung eines andern Herrn, eines Generals (?Generalkonsuls?) Wehner, wenn wir den Namen richtig gehört, ist ihnen Schiffsgelegenheit zur Rückkehr verschafft. (Ztg. f. Nordd.)

Ausland.

Wien, 25. Januar. Aus Anlaß des von Tag zu Tag mit größerer Bestimmtheit auftretenden Gerüchtes über die bevorstehende Verlobung des Kronprinzen Humbert mit einer Erzherzogin bespricht die „Italie" die Wechselbeziehungen zwischen Oesterreich und Italien. Sie ist der Ueberzeugung, daß wohl von fremdnachbarlichen Beziehungen, von der Erhaltung des Friedens zwischen beiden Staaten, niemals aber von einer politischen Allianz die Rede sein könne. Oesterreich verfolge den Plan einer militärischen Revanche für die Niederlage des verflossenen Jahres; bei einem derartigen Projekte könne Italien in keiner Weise sich betheiligen; die Gegner, mit welchen Oesterreich im Kriegsfalle wahrscheinlich zu thun haben würde, seien Preußen und Rußland, also grade zwei dem Königreiche Italien befreundete Mächte. Letzteres dürfe vor Allem nicht die ihm so unendlich werthvolle preußische Allianz dadurch gefährden, daß es sich Oesterreich nähere, dem es nichts zu danken und von dem es nichts zu hoffen habe; Venetien habe Oesterreich gezwungen durch die Schlacht bei Königgrätz abgetreten, und des Trentino werde, ohne der Preis einer Allianz oder eines Krieges zu sein, der italienischen Nation zufallen.

Paris, 24. Januar. Bei Herrn v. Moustier fand heute die wöchentliche diplomatische Reception statt. Der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten hatte vom Kaiser spezielle Weisung erhalten, die Herren Diplomaten über den Sinn, die Tragweite seiner Konstitutions-Modifikationen als rein innere Angelegenheit aufzuklären und jeden Zusammenhang mit angeblichen militärischen oder Annexions-Absichten, welche man ihnen zu unterschieben versucht, energisch in Abrede zu stellen! — Der größte Theil der deutschen Journale wurde auch heute wieder nicht ausgegeben.

— Der „Messager franco-americain" läßt sich aus Mexiko melden, daß Herr Dano und General Castelnau Alles daran setzen, Maximilian I. zur möglichst baldigen Abdankung zu bewegen. Allerdings muß die hiesige Regierung auf diesem Schritte bestehen, weil es vorher unthunlich ist, die mexikanischen Anleihen zu konvertiren. So lange Mexiko nicht auf den status quo ante zurückgeführt, das Kaiserliche Gouvernement nicht verschwunden ist, hat Frankreich keinen rechtlichen oder moralischen Grund, sich an die Stelle des anerkannten Schuldners zu setzen. „France" und andere offiziöse Blätter prophezeien daher auch baldige Abdankung des Kaisers, dessen letzte Schritte keinen andern Zweck zu haben scheinen, als den Tuilerien Verlegenheiten zu bereiten.

Madrid. (Nat.-Ztg.) Im Palast ist zwischen der Umgebung der Königin und der des König-Gemahls eine heftige Fehde ausgebrochen, weil die Königin sich der Ernennung eines der intimsten Günstlinge des Königs zum Herzog und Granden von Spanien widersetzt. Da der König-Gemahl glaubt, daß das Ministerium Narvaez seinem Verlangen fortgesetzten Widerstand leisten wird, so sind die Intriguen, welche im Palast gegen dasselbe gesponnen werden, wohl auf seine Rechnung zu setzen und ohne jede politische Bedeutung.

Florenz. Der Senat ist in seiner Eigenschaft als hoher Gerichtshof am 22. Vormittags zusammengetreten, um den Bericht des Instruktionsausschusses und das Requisitorium der Staatsanwaltschaft im Prozesse Persano zu hören; es waren wohl 120 Senatoren anwesend und wurde beschlossen, auch die neu ernannten Senatoren zum Gerichtshof hinzuzuziehen.

Rom. Es ist bemerkenswerth, daß der halboffizielle „Osservatore Romano" in einem längeren Artikel Preußen gegen Angriffe vertheidigt, welche das österreichisch gesinnte „Memorial diplomatique" gegen diesen Staat gerichtet hatte. Die Kurie nimmt nach dieser Aeußerung zu Preußen eine andere Stellung ein, als die klerikale Partei in Frankreich und Deutschland. Das Pariser Blatt hatte die Frage aufgeworfen: „Welche Stellung wird Preußen, wenn es erst das deutsche Reich sein wird, der römischen Angelegenheit gegenüber einnehmen?" Hierzu bemerkt nun der „Osservatore" u. A.:

„Es ist unmöglich, daß Preußen — sei es das jetzige, sei es etwa das dereinstige deutsche Kaiserreich — jemals mit Gleichgültigkeit dasjenige betrachte, was in Italien hinsichtlich des Papstes und seiner weltlichen Macht vor sich geht. Abgesehen davon, daß viele Katholiken dem preußischen Staate angehören, muß der letztere wohl erkennen, welch gründlicher Unterschied zwischen Italien und der Revolution besteht, und daß, wenn Preußen für Italien Sympathien an den Tag legt, es für die Revolution stets eine entschiedene Abneigung hegen muß. Wenn somit das „Memorial diplomatique" die Ueberzeugung ausspricht, daß Preußen, auch wenn es sich zum deutschen Kaiserreiche ausgebildet haben wird, eher sich dem Papstthum als dem revolutionären Italien günstig zeigen werde, so ist diese Ueberzeugung nicht nur auf den wahren Interessen Preußens selbst, sondern auch auf neueren Vorgängen begründet, welche einerseits dem Könige Wilhelm zur Ehre gereichen, andererseits aber den Katholiken der ganzen Welt Beruhigung verschafft haben hinsichtlich des neuen und gewaltigen Machtzuwachses, welchen jener Staat schon erlangt hat oder noch in Europa erlangen wird."

Pommern.

Stettin, 28. Januar. Ein erst gestern von außerhalb hier eingetroffenes Mädchen begab sich in Begleitung einer Freundin nach einem Hause des Viktoriaplatzes, um sich dort Behufs Erlangung eines Dienstes der Herrschaft vorzustellen. Noch ehe sie das Zimmer betrat, wurde sie vom Schlage getroffen und erfolgte der Tod unmittelbar darauf. Die Leiche ist nach dem Krankenhause geschafft.

— Gestern wurde ein Mensch verhaftet, der Taubstummheit simulirend, auf Grund eines Bettelbriefes die öffentliche Mildthätigkeit in Anspruch nahm. In neuerer Zeit hat sich übrigens die Hausbettelei, zu deren Begründung die verschiedensten Unglücksfälle vorgeschützt werden, in wirklicher lästiger Weise vermehrt und erscheint es durchaus rathsam, auf derartge Bettler ein wachsames Auge zu richten.

— Am Sonnabend entwendete ein Arbeiter — angeblich aus Noth — von einem in der Pölitzer Straße haltenden Wagen verschiedene Brode, wurde indessen verfolgt und ergriffen.

— Dem Coiffeur Voß wurden während der Zeit, innerhalb der die wegen Diebstahls bereits bestrafte verehelichte Bote T. bei ihm als Aufwärterin fungirte, verschiedene Gegenstände entwendet, die bei einer Haussuchung auch theilweise in der Wohnung der T. vorgefunden sind. — Diese Person ist außerdem verdächtig, unter Assistenz der während der ersten Hälfte d. Mts. bei der Frau Predigerwittwe Schünemann in Dienst gestandenen unverehelichten R. aus dem Keller der letzteren wiederholt Brennmaterialien, Kartoffeln 2c. gestohlen zu haben.

Stadt-Theater.

Am Sonnabend Abend trat Frau Niemann-Seebach als Griseldis in dem Drama gleichen Namens von Halm auf. Das Stück bot der geehrten Künstlerin Gelegenheit den reichen Schatz weiblicher Liebe vor den Augen des Publikums zu entfalten; kein Opfer ist der Liebe des Weibes zu groß, um es ihrem Gatten zu bringen; der eigne Wille, der Gehorsam, ja die Liebe zu den Eltern müssen der Liebe zu dem Manne ihres Herzens weichen; selbst den einzigen Sohn opfert die Mutterliebe dem Wohle des Mannes; selbst das eigene Glück, selbst das eheliche Recht bringt sie zum Opfer, läßt sich verstoßen, in Armuth zurückversetzen, um ihn zu retten, selbst einem Weibe höchsten Standes zu überlassen; und als er auch dann noch zu ihr flüchtet, steht sie nicht an, ihr Leben und das ihres Vaters für das Leben ihres Geliebten einzusetzen, kurz sie erduldet Todesschmerzen und tausendfaches Weh für den Mann ihrer Wahl, getragen durch die begeisternde Macht ächt weiblicher Liebe. Als sie dann aber erkennt, daß alles nur ein Schein, nur eine Täuschung gewesen, um sie zu prüfen, da erstirbt der Zauber der Liebesgluth, da bricht das arme getäuschte Herz uud verläßt ohne Haß, aber auch ohne Liebe den Verräther, der ihre Liebe also betrog. Das Spiel der Künstlerin in dieser schwierigen Rolle war meisterhaft, jede Seite des Herzens wa d angeschlagen, jeder Blüthenduft weiblicher Minne entfaltet, das weibliche Herz sichtlich vor unseren Augen in seinem frommen Wesen entfaltet und zergliedert. Herr Schreiber als Ritter Percival, der Gatte der Griseldis, gab den Ritter aus König Artus Tafelrunde ächt ritterlich, eine markige Reckengestalt voll Ehr und Ruhmbegierde, aber auch voll der Rohheit jener Zeit; nur in der letzten Scene konnte uns sein Spiel nicht befriedigen. Ebenso war der Köhler Cedric, der Vater der Griseldis, bis auf die Schlußscene recht brav. Die anderen Rollen sind untergeordnet und wurden übrigens befriedigend gespielt.

Vermischtes.

— Englische Taschendiebe sind auf einen Einfall gerathen, der wohl zur Vorsicht mahnen mag. Es steht fest, daß Passagiere durch Opiumrauch betäubt wurden, dadurch in einen tiefen Schlummer verfielen und dann ganz ausgeplündert wurden. Dies widerfuhr vor einigen Tagen dem Empfänger des Grafen Dalhousie, Herrn Cuningham, der, in einem Waggon erster Klasse fahrend, seiner 1800 Pfd. Sterl. beraubt wurde, die er in die Bank von Dundee bringen wollte. Er hatte sein Geld in Bankbillets in einem Reisekoffer, der hinter ihm lag. Zwei Gentlemen befanden sich mit ihm in demselben Coupé und fragten ihn höflich, ob es ihn belästige, wenn sie wieder zu rauchen anfingen? Der Gefragte hatte nichts dawider, die Herren zogen ihre Meerschaumköpfe aus der Tasche und bald war das Coupé mit Dampf gefüllt, der auf Herrn Cuningham einen sehr betäubenden Eindruck machte. Was weiter mit ihm vorgegangen, weiß er nicht, denn er kam erst zu Dundee wieder zu sich; da fand er seinen Reisesack geöffnet und seine Bankbillets waren sämmtlich fort. Die Untersuchung hat herausgestellt, daß die beiden Reisenden auf einer Zwischenstation ausgestiegen sein mußten, denn zwei andere Reisende stiegen nach ihnen ein, die den in Schlaf versunkenen Cuningham nicht weckten. Die Polizei bietet Alles auf, um die Gauner aufzuspüren; die Nummern der gestohlenen Bankzettel sind vermerkt und möglich ist es noch immer, daß man der Diebe habhaft wird. Es scheint, daß die Wichte noch einem anderen Reisenden dieselbe Posse gespielt, der ebenfalls um achthundert Pfund Sterling auf der schottischen Eisenbahn am selbigen Tage beraubt wurde.

M.-Gladbach, 22. Januar. Gestern kam hier der traurige Fall vor, daß ein am Blumenberge wohnender Eigenthümer sein Gewehr auf ein zum Besuche gekommenes Brautpaar richtete und dasselbe durch die Worte in Schrecken setzte: „Wer von Euch soll zuerst sterben?" Plötzlich entlud sich das Gewehr und die arme Braut sank, schwer am Kopfe getroffen, zu Boden. Die Unglückliche ist so am Kopfe und Halse verwundet, daß sie wohl schwerlich am Leben bleiben wird.

Neueste Nachrichten.

Wien, 27. Januar, Morgens. Gutem Vernehmen nach wird Herr Langrand-Dumonceau aus Brüssel hier erwartet, um mit der Regierung einen Plan zur Amortisation der österreichischen Staatsschuld zu vereinbaren.

Paris, 26. Januar. Nach Berichten aus Trikala in Thessalien vom 24. d. sind die von griechischen Journalen gebrachten Nachrichten, daß die Insurgenten in Thessalien und Epirus eine provisorische Regierung gebildet haben und daß ihre Anzahl täglich wachse, vollständig unbegründet. Thessalien und Epirus sind ruhig.

Paris, 26. Januar. Die außerordentlichen griechischen Gesandten, die an sieben Höfe abgegangen sind, verlangen die Einverleibung Kreta's, der Cykladen, sowie eines Theiles von Thessalien in das Königreich Griechenland.

Paris, 27. Januar, Morgens. Der heutige „Moniteur" veröffentlicht ein Kaiserliches Dekret vom 25. d., durch welches der Senat und der gesetzgebende Körper zum 14. Februar einberufen werden.

Madrid, 26. Januar. Ein Königliches Dekret befiehlt die Reorganisation der Armee und setzt deren Effektivbestand auf 200,000 Mann fest. Die Armee wird in drei Kategorien getheilt, deren erste das stehende Heer, dessen Kontingent von den Kammern fixirt wird, bildet. Die zweite besteht aus der aktiven Reserve, welche der Regierung zur Disposition steht und die dritte wird von einer nicht aktiven Reserve gebildet, welche durch ein besonderes Gesetz zu den Waffen gerufen werden muß. Die Provinzial-Milizen werden abgeschafft.

Petersburg, 26. Januar. Ueber den Stand der Bauarbeiten an der russisch-amerikanischen Telegraphen-Verbindung wird gemeldet, daß die russischen Linien ihre Thätigkeit im Herbste 1867 beginnen werden. Die Rekognoscirung und Ausmessung der Behringstraße ist beendet, die amerikanische Linie bis zur Behringstraße fertig gestellt worden. Auf sämmtlichen asiatischen Linien werden noch im laufenden Winter die Telegraphenstangen angefertigt und aufgestellt werden.

Odessa, 26. Januar. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß ein nordamerikanisches Kriegsschiff nach Kandia segelt, um Christenfamilien, welche nach Griechenland übersiedeln wollen, aufzunehmen.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 28. Januar. General v. Manteuffel, der wegen geschwächter Gesundheit wiederholt seine Entlassung erbeten hat, ist unter Beibehaltung seiner Stellung als General-Adjutant von dem Kommando des 9. Armeekorps entbunden und ebenso Behufs Wiederherstellung seiner Gesundheit auf die Dauer eines Jahres von jeder andern Dienstleistung. General-Lieutenant Mannstein, welcher das Armeekorps übernimmt, ist noch nicht definitiv zum kommandirenden General ernannt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 28. Januar. Witterung: trübe. Temperatur + 2° R. Wind: Süd.

An der Börse.

Weizen fest und höher, loco pr. 85pfd. gelber 84—87 Rt. bez., poln. 82—85 Rt. bez., feiner weißer 87—89 Rt. bez., geringer 75—82 Rt. 83—85pfd. gelber Frühj. 84 1/2—85 1/4—84 3/4 Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 85 1/2 Rt. bez., Br. u. Gd., Juni-Juli 86 1/2 Rt. Br.

Roggen fester, pr. 2000 Pfd. loco 55—56 3/4 Rt. bez., Januar 54 1/2 Rt. bez., 54 Rt. Gd., Frühjahr 54 1/4 Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 54 3/4, 1/2 Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 55 1/2 Rt. Br., 55 Rt. Gd.

Gerste loco pr. 70pfd. 49—50 Rt. bez., feine 51 Rt. bez., 69—70pfd. Frühjahr Oderbruch 51 Rt. bez., schles. 50 3/4 Rt. Br., 50 1/2 Rt. Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—30 1/2 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 31 1/4 Rt. bez.

Erbsen loco Futter- 50—56 Rt. bez., Koch- 57—61 Rt. bez., Frühjahr Futter- 58 Rt. Br., 57 1/2 Gd.

Rüböl stille, loco 11 2/3 Rt. Br., Januar-Februar 11 1/2 Rt. Br., 11 1/3 Gd., April-Mai 11 7/8 Rt. bez., September-Oktober 12 Rt. bez.

Spiritus fest, loco ohne Faß 16 5/12 Rt. bez., Januar-Februar 16 1/4 Rt. Gd., Februar-März ohne Faß 16 1/2 Rt. bez., Frühjahr 16 2/3, 3/4 Rt. bez., Mai-Juni 17 Rt. bez. u. Gd.

Angemeldet: 200 Ctr. Rüböl.

Stettin, den 28. Januar.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	151 7/8 G	Used.-Wollin.		
"	2 Mt.	151 G	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 7/8 G	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
London	10Tag.	6 23 7/8 bz	Pr. See-Assec.-		
"	3 Mt.	6 22 1/8 bz	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	81 1/6 B	Pomerania	4	111 G
"	2 Mt.	80 3/4 B	Union	4	102 B
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Speich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.-		
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	650 B
St. Petersbg.	3 Wch.	91 1/4 B	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 1/2 %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl.54 57	4 1/2	99 3/4 G	Bredower "	4	—
" "	5	103 7/8 G	Walzmühl-A.	5	—
St.-Schldsch.	3 1/2	85 1/8 G	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	Fabrik	4	—
Pomm.Pfdbr.	3 1/2	79 1/8 G	Stett. Dampf		
" "	4	89 3/4 G	Schlepp-Ges.	5	250 B
" Rentenb.	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt. P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl.	4	—	N. Dampfer-C	4	94 B
Berl.-St. Eis.-			Germania	4	—
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	70 B
" Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
" "	4 1/2	—	mühlen-Ges.	4	100 B
Starg.-P.E.A.	4 1/2	95 G	Pommerensd.		
" Prior.	4	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt-O.	4 1/2	98 1/2 B	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—